

Antrag auf Einstufung der Kita-Betreuungsgebühren in die Sozialstaffel

Erstantrag Verlängerungsantrag

Antrag für das Kind:

Name, Vorname Geburtsdatum

Straße, Hausnummer Wohnort

Telefonnummer für Rückfragen und E-Mail-Adresse

Das Kind wird betreut in der Kindertagesstätte oder Kindertagespflege bei: (Falls Sie einen Betreuungsvertrag abgeschlossen haben, fügen Sie diesen bitte in Kopie bei!)

Name und Adresse des Kindergartens oder der Tagespflegeperson

Tagespflege/Krippe Kindergarten Hort/Schulkind Früh- / Spätdienst

Die Ermäßigung wird beantragt ab dem: _____
(frühestens ab dem 1. des Monats, in dem der Antrag bei der
Gemeindeverwaltung eingeht)

Personen in der Haushaltsgemeinschaft

Anzahl	Name, Vorname	Geburts- datum	Verwandschafts- verhältnis	Einkommen (€)
1				
2				
3				
4				
5				
6				

(Für weitere Personen bitte ein gesondertes Blatt beifügen!)

II. Einkommen aller Personen der Haushaltsgemeinschaft

Lebt der Antragsteller in Haushaltsgemeinschaft mit Verwandten und Verschwägerten oder in eheähnlicher Gemeinschaft, sind Bar- oder geldwerte Leistungen der zu der Gemeinschaft beteiligten Dritten dem Einkommen unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalles zuzuschlagen!

Folgende Einkommensbelege werden zusammen mit dem Antrag eingereicht (bitte ankreuzen):

- Verdienstbescheinigungen z. B. Verdienstabrechnung aus Dezember des Vorjahres und der letzten Monate vor Antragstellung
- Bescheid (mit allen Seiten einschließlich Berechnungsbögen) vom Jobcenter über die Bewilligung von „Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts“
- Bescheid und Kopie der gelben BUT-Berechtigung
- Kindergeld
- Bescheid über Kindergeldzuschlag mit allen Seiten einschließlich Berechnungsbogen
- Kinderbetreuungskosten von anderen Behörden
- Wohngeldbescheid mit allen Seiten einschließlich Berechnungsbogen
- Bescheide von der Bundesagentur für Arbeit
- Asylbewerberleistungen
- Krankengeld
- Elterngeld, Erziehungsgeld, Mutterschaftsgeld
- Nachweise über Unterhaltszahlungen
- Bescheid über Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz oder nach dem Unterhaltsvorschussgesetz - UVG
- Bescheid über Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz, Bundesversorgungsgesetz
- Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung, auch Untervermietung
- Nachweise über sonstige Einnahmen
- Erlöse aus Kapitalvermögen
- sonstige Einkommensbelege z. B. Steuererstattungen, Spesen, Auslösungen
- Bescheid über Lohnsteuerjahresausgleich/Einkommenssteuer des Vorjahres
- Einnahmen aus Zugewinnausgleich nach der Ehescheidung
- Erbbescheinigung
- Ausgezählte Beträge z. B. Bausparvertrag, Versicherungen in den letzten sechs Monaten
- Belege über die zur Erzielung des Einkommens notwendigen Ausgaben
z.B. Fahrten zum Arbeitsplatz
- Alle sonstigen Einkommensnachweise

Vorstehende Fragen habe ich **wahrheitsgemäß und vollständig** beantwortet und nehme hiermit zur Kenntnis, dass alle Angaben durch entsprechende Belege nachzuweisen sind.

Mir ist bekannt, dass für das Team Kinderbetreuung der Gemeinde Wedemark nach § 60 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch -Allgemeiner Teil- (SGB I) die Möglichkeit besteht, die erforderlichen Auskünfte bei meinen Banken/Sparkassen einzuholen. Auch bin ich darüber informiert, dass gem. § 93 Abs. 8 der Abgabenordnung (AO) in Verbindung mit § 62 Abs. 3 Nr. 1 des Achten Buches Sozialgesetzbuch -Kinder- und Jugendhilfe- (SGB VIII) die Kontenabfrage durch die Gemeinde Wedemark bei meinem Finanzamt zulässig ist.

Hinweise zur Antragstellung:

Für den Fall der Beantragung der Übernahme/Bezuschussung der Teilnahmebeiträge für Kinder in Kindertageseinrichtungen gem. § 90 Abs. 4 SGB VIII bin ich damit einverstanden, dass ein evtl. bewilligter Zuschuss direkt an den Träger der Kindertageseinrichtung überwiesen wird. Bei einer anderen Behörde wurde kein weiterer Antrag auf Übernahme/Bezuschussung des Teilnahmebeitrags für die Kindertageseinrichtung gestellt.

Die Erhebung der abgefragten Daten erfolgt gem. § 62 Abs. 1 SGB VIII ausschließlich zur Berechnung eines möglichen Kostenbeitrags im Rahmen der Gewährung von Jugendhilfeleistungen und zur Berechnung eines möglichen Zuschusses zu den Teilnahmebeiträgen für Kinder in Kindertageseinrichtungen.

Ich weiß, dass ich auf Grund von falschen, unrichtigen oder unvollständigen Angaben zur Rückzahlung gewährter Leistungen verpflichtet bin und dass wissentlich falsche Angaben oder das vorsätzliche Verschweigen von rechtserheblichen Tatsachen im Sinne des § 263 StGB (Betrug) strafbar sind.

Mitwirkungspflichten:

§ 66 SGB I: Folgen fehlender Mitwirkung

- (1) Kommt derjenige, der eine Sozialleistung beantragt oder erhält, seinen Mitwirkungspflichten nach den §§ 60 bis 62, 65 SGB I nicht nach und wird hierdurch die Aufklärung des Sachverhalts erheblich erschwert, kann der Leistungsträger ohne weitere Ermittlungen die Leistung bis zur Nachholung der Mitwirkung ganz oder teilweise versagen oder entziehen, soweit die Voraussetzungen der Leistung nichtnachgewiesen sind. Dies gilt entsprechend, wenn der Antragsteller oder Leistungsberechtigte in anderer Weise absichtlich die Aufklärung des Sachverhalts erheblich erschwert.
- (3) Sozialleistungen dürfen wegen fehlender Mitwirkung nur versagt oder entzogen werden, nachdem der Leistungsberechtigte auf diese Folge schriftlich hingewiesen worden ist und seiner Mitwirkungspflicht nicht innerhalb einer ihm gesetzten angemessenen Frist nachgekommen ist.

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass sollte ich nicht die von mir abgeforderten Unterlagen zur Sachbearbeitung meines Antrags innerhalb der mir gesetzten Frist beibringen, mein Antrag wegen fehlender Mitwirkung im Sinne des § 66 Sozialgesetzbuch – Erster Teil abgelehnt wird.

Gemäß § 60 Nr. 2 SGB I bin ich verpflichtet, Änderungen in meinem persönlichen und/oder wirtschaftlichen Verhältnissen **unverzüglich** mitzuteilen.

Einwilligungserklärung nach Art.6 Abs. 1 lit. a und Art. 7 Abs. 1 DSGVO

Ich/wir willige/n ein, dass die auf diesem Formular angegebenen personenbezogenen Daten zur Antragsbearbeitung auf Grundlage der Datenschutz-Grundverordnung verarbeitet werden. Die Datenverarbeitung erfolgt nach den gesetzlichen Bestimmungen gemäß §§ 61 – 68 SGB VIII.

Datum

Unterschrift der Mutter /
des Sorgeberechtigten

Unterschrift des Vaters